

Rüdiger Hoffmann
Wittenburger Straße 10
19243 Püttelkow

11.01.2016

Unser Aktenzeichen: 4yp-323/ SCHLEUS-J-BAUM-CARITAS/15 (Bitte auf allen Antwortschreiben stets mit angeben!)

An das
Kriminalkommissariat Schwerin
Graf-Yorck-Straße 8
19061 Schwerin

Vorab per Telefax: 0385/ 5180-1006

Vorgangsnummer: 313300/000398/01/16

ERGÄNZUNG: Strafanzeige und Strafantrag mit Antrag auf Strafverfolgung

gegen

Jürgen Baumgarten- Geschäftsführer German Oil

Walter Heckmann – Mitarbeiter Katholische Kirche Wittenburg und alle weiteren verantwortlichen Personenkreise und Hintergrundpersonen

Caritas Mecklenburg e. V.
Mecklenburgstraße 38
19053 Schwerin

Vorstand: Weihbischof Norbert Werbs (Vorsitzender)

Heiko Wruck
Redakteur Schweriner Volkszeitung – SVZ – Niederlassung 19230 Hagenow
Zeitungsverlag Schwerin GmbH & Co. KG
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin

Anzeigenblatt Ludwigscluster Blitz
Werderstraße 139
19055 Schwerin

wegen

Verdacht der Beihilfe zur illegalen Einwanderung (auch illegale Migration oder irreguläre Migration), Menschenhandel §§ 180b, 181 StGB und Deckung, Schleusertätigkeiten, Schutz von Terroristen in Deutschland- Mecklenburg- Mecklenburg- Vorpommern, gegen die deutsche Bevölkerung der Stadt Wittenburg und der Gemeinde Wittendörp und die Allgemeinheit

- Verstoß gegen 16 a Grundgesetz für die BRD, § 258 Strafvereitelung und § 258 a StGB Strafvereitelung im Amt,
- § 257 StGB Begünstigung
- 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten
- § 95 AufenthG, das Zuwanderungsgesetz, [Aufenthaltsgesetzes](#) und des [Freizügigkeitsgesetzes/EU](#)
- Übermittlungspflicht (§ 87 AufenthG)
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Richtlinie 2009/52/EG - EUR-Lex – Europa
- Täuschung im Rechtsverkehr § 270 StGB
- Anstiftung § 26 StGB, §27 StGB, § 30 StGB

Weiter Hochverrat gegen den Bund oder ein Land §§ 81,82 StGB: wer es unternimmt, die verfassungsgemäße Ordnung zu ändern, begeht Hochverrat weitere schwere Vorwürfe, die sich aus der Tatsache, dass der die Täter rechtlich grundgeschult ist sind, ergeben:

- vorsätzliche Täuschung – vorsätzliche Untergrabung der freiheitlich demokratischen Grundordnung §81 und §82 StGB
- vorsätzliche Angabe falscher Tatsachen, Manipulationen und aller weiteren, in Frage kommender Straftaten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich o.g. Strafantrag und Strafanzeige mit Antrag auf Strafverfolgung gegen **die o. g. Tatverdächtigen** wegen o. g. Straftaten.

Tatorte:

**Institution Landkreis Ludwigslust- Parchim
Putlitzer Straße 25
19370 Parchim**

**Lagerhalle und Liegenschaften des Unternehmers Jürgen Baumgarten- Firma German Oil- in 19243 Wittenburg und
auswärts.**

**Amt Wittenburg
Molkereistraße 4
19243 Wittenburg**

**Caritas Mecklenburg e. V.
Mecklenburgstraße 38
19053 Schwerin**

**Anzeigenblatt Ludwigsluster Blitz
Werderstraße 139
19055 Schwerin**

**Schweriner Volkszeitung – SVZ – Niederlassung 19230 Hagenow
Zeitungsverlag Schwerin GmbH & Co. KG
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin**

Tatzeitraum:

2015/ Januar 2016

Tathergang und Begründung:

Offenkundige Tatsachen bedürfen keines Beweises mehr!

Die illegale Einwanderung erreicht in Deutschland/ Europa dramatische Ausmaße.
Seit Beginn der inszeniert organisierten Einwanderungswelle kommen derzeit z. B. in München ungebremst zwischen 8000 – 10000 Personen täglich an!

Eine realistisch erfolgreiche Prüfung ist praktisch nahezu ausgeschlossen, weil die betr. Personen nicht identifizierbar sind. Die in Europa nicht identifizierten Einwanderer werfen vor den Übertritt in sichere Staaten Europäische Union ihre Ausweisdokumente weg, bezahlen Schleusergelder bis weit über 10.000 Euro an über 90 offizielle Schleuserorganisationen der Europäischen Union/ BRD und kommen als nicht sicher identifizierbare Einwanderer u. a. vornehmlich aus den von islamistischen Terroristen kontrollierten Gebieten in **Syrien, Irak, Afghanistan, Libyen, Nigeria, Kamerun, Somalia, Äthiopien, Eritrea** und weitere. Weiter kommen die illegalen Einwanderer aus sicheren Drittstaaten wie z. B. Österreich, Ungarn und den sog. Balkanländern.

Dazu muß ermittelt werden woher die großen Geldsummen herkommen bzw. wer die großen EU - Schleuserorganisationen im Hintergrund bezahlt!

Insbesondere die „**Freie syrische Armee“ (FSA) – deren verbündete AL- Nusra Front und des Islamischen Staates (IS) DAESH ISIS, Al Quaida, Jaish al-Fatah, Dschabhat an-Nusra, Al-Schabab, Al-Shabaab, Tehrik-i-Taliban, Ansar al-Scharia, Chorasani, Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM), Boko Haram und weitere Terrorgruppen** bestehen aus angeworbenen und bezahlten Söldnern und freiwilligen Kämpfern aus ca. 83 Staaten- zumeist mit radikal islamischen Hintergrund.

Eine Prüfung u. a. nach - **§ 95 AufenthG, das Zuwanderungsgesetz, Aufenthaltsgesetzes und des Freizügigkeitsgesetzes/EU** ist bzgl. der vornehmlich arabischen und afrikanischen Einwanderer nahezu unmöglich, weil bis heute KEINE Zusammenarbeit mit der völkerrechtlich rechtmäßigen syrischen Regierung unter Präsident Bashar al Assad und deren zuständigen Behörden erfolgt!

Beweis: Die Frau Angela Merkel und deren BRD- Verteidigungsministerium haben ausdrücklich eine Zusammenarbeit mit den zuständigen syrischen Regierung = Behörden ausgeschlossen!

Beweisquelle:

Merkel behauptet Assad hat keine Zukunft in Syrien

Tageszeitung Sabah mit Drähten ISTANBUL Veröffentlicht 13. Dezember 2015

Merkel behauptet Assad hat keine Zukunft in Syrien

Im Gespräch mit deutschen Tageszeitungen Badischen Neuesten Nachrichten und Augsburger Allgemeinen in einem Interview, sagte Merkel: "Die internationale Allianz gegen die IS [DAESH] nicht enthalten Assad und seine Truppen" und fügte hinzu, dass er immer noch fällt Barrel Bomben auf sein eigenes Volk. "Es gibt eine Zukunft an der Spitze des Staates für ihn nicht sein."

Ein deutscher Sprecher des Verteidigungsministeriums auch gegenüber Reportern am 30. November, dass Call in Deutschland für ein breiteres Bündnis gegen DAESH und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in der Region nicht die Kräfte des Assad-Regimes beteiligt.

"Es wird keine Zusammenarbeit mit Assad zu sein, und es wird keine Zusammenarbeit mit den Kräften, die unter dem Kommando von Assad zu betreiben", Sprecher des Verteidigungsministeriums Jens Flosdorff sagte auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Weiter werden laut Augenzeugenberichte aus der Bevölkerung im Landkreis- Ludwigslust- Parchim offenbar Straftaten gedeckt wie z. B. Ladendiebstähle (EDEK A und PLAZA in Ludwigslust), Einbrüche, (räuberische) Erpressungsaktionen, massive persönliche Belästigungen von Bewohnern. Auch in unserer Familie ist das nun schon passiert!

Weiter kommen Straftäter auch aus den aufgezählten Ländern völlig ungeprüft und ungehindert auch in den Landkreis Ludwigslust- Parchim. Die Personen versuchen der Strafverfolgung in Ihren Herkunftsländern zu entgehen - z. B. Fahnenflüchtige und einfache kriminelle Personen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Pakistan, Libyen usw.

Die Terroristen und Kriminellen benutzen zur Tarnung bei der Einwanderung auch Frauen und Kinder als Schutzschilde. Es besteht erhebliche Gefahr und Anlaß zur Besorgnis das illegale Einwanderer, getarnte Terroristen als illegale Einwanderer, Terroristen Dazu deren Anhang der sog. „**FREIEN SYRISCHEN ARMEE“ (FSA) und deren verbündete , der AL- Nusra Front und des Islamischen Staates (IS) DAESH ISIS, Al Quaida, Jaish al-Fatah, Dschabhat an-Nusra, Al-Schabab, Al-Shabaab, Tehrik-i-Taliban, Ansar al-Scharia, Chorasán, Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM), Boko Haram und weitere Terrorgruppen** aufhalten.

Weiter Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern als illegale Einwanderer, welche auch in private Liegenschaften (derzeit Lagerhalle in 19243 Wittenburg) wie z. B. des privaten Unternehmers Jürgen Baumgarten ungeprüft fortlaufend untergebracht werden.

1. Antrag: Es besteht begründeter Anlaß zur Besorgnis das sich im gleichgeschalteten Landkreis Ludwigslust- Parchim/ 19243 Wittenburg – Liegenschaft / Camp des **Jürgen Baumgarten und der Caritas** illegale Einwanderer/ vorgebliche Asyl suchende Personen und auch geflüchtete Terroristen und deren Anhang der sog. „**FREIEN SYRISCHEN ARMEE“ (FSA) und deren verbündete , der AL- Nusra Front und des Islamischen Staates (IS) DAESH ISIS, Al Quaida, Jaish al-Fatah, Dschabhat an-Nusra, Al-Schabab, Al-Shabaab, Tehrik-i-Taliban, Ansar al-Scharia, Chorasán, Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM), Boko Haram und weitere Terrorgruppen** aufhalten.

Es liegt Verdacht Verstoß gegen die Einwanderungsbestimmungen von Deutschland und der Europäischen Union sowie Artikel 16a Grundgesetz vor.

- Verstoß gegen 16 a Grundgesetz für die BRD, § 258 Strafvereitelung und § 258 a StGB Strafvereitelung im Amt,
- § 257 StGB Begünstigung
- 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten
- § 95 AufenthG, das Zuwanderungsgesetz, Aufenthaltsgesetzes und des Freizügigkeitsgesetzes/EU
- Übermittlungspflicht (§ 87 AufenthG)
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Richtlinie 2009/52/EG - EUR-Lex – Europa
- Täuschung im Rechtsverkehr § 270 StGB
- Anstiftung § 26 StGB, §27 StGB, § 30 StGB

Auch besteht akute Gefahr für die öffentliche Sicherheit & Ordnung, der Bevölkerung durch latente Terrorgefahr.

Daher ist zu ermitteln aus welchen Ländern die betr. 81 (?) Asyl suchenden Einwanderer tatsächlich stammen und über welche sicheren Drittstaaten, welche die Konvention der Menschenrechte unterzeichnet haben und insbesondere sichere EU- Länder die 81 Personen tatsächlich in Deutschland eingereist sind.

Weiter ist umgehend die Zusammenarbeit dem den jeweiligen Behörden der Herkunftsländer aufzunehmen- insbesondere den Behörden der völkerrechtlich rechtmäßigen Syrischen Regierung unter den Präsident Bashar al Assad.

Die zwingend notwendige Aufnahme der Ermittlungen und Klärung wird hiermit ausdrücklich beantragt.

2. Antrag: Weiter ist in dem Zusammenhang zu ermitteln inwieweit die Firmen „Landkreis Ludwigslust- Parchim“, das *Amt Wittenburg* und die Tatverdächtigen in lukrative, illegale? Immobiliengeschäfte und Mietverträge wie z. B. mit dem bundesweit polizeibekanntem Unternehmer Herr Jürgen Baumgarten verwickelt sind.

3. Antrag: Bzgl. begründeter Verdacht illegale Einwanderung und Einreise in Deutschland ist zu untersuchen inwieweit die genannten Tatverdächtigen in die Vorgänge involviert sind. Es besteht Verdacht das der gesamte Zusammenhang dem Straftatbestand Beihilfe illegaler Schleusertätigkeit. Eine offenbar tragende Rolle spielt dabei auch der **Verein Flüchtlingsrat**

MV e.V. Die strafrechtliche Ermittlung wird dazu hiermit ausdrücklich beantragt..

4. Antrag: Es besteht Korruptionsverdacht- da offenkundig mit den Asyl suchenden Einwanderern und Flüchtlingen im Landkreis Ludwigslust- Parchim, in der Stadt Wittenburg und der Gemeinde Wittendörf mit Gewinnerzielungsabsicht Gelder gemacht werden, was zu ermitteln ebenfalls ausdrücklich beantragt wird. Eine tragende Rolle spielt dabei auch ein **Verein Flüchtlingsrat MV e.V.**

Dabei geht es zu ermitteln inwieweit die strafanzeigten Personenkreise ihre eigene Familienmitglieder, Freunde und Bekannte integriert haben, um über Fördergelder (Steuergelder!) Kasse auch mit illegalen Einwanderern zu machen. Die aufklärende Ermittlung wird ausdrücklich beantragt.

5. Antrag: Dazu liegt massiver Verstoß gegen die Menschenrechte und massive Grundrechteverletzung gegen die Einwanderer und die Allgemeinheit durch die strafanzeigten Täterkreise vor.

Die Gültigkeit des Grundgesetzes als höchste Rechtsnorm für die BRD, der Menschenrechte, Einwanderungsgesetze- und Verträge und aller weiteren gültigen Gesetze in Deutschland werden durch die Tatverdächtigen offenkundig bewußt nicht akzeptiert und mit Vorsatz strafbewehrt gehandelt, was zu untersuchen ausdrücklich beantragt wird!

6. Antrag: Es wird die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der Tat und aller betreffenden Tatverdächtigen und dessen Umfeld ausdrücklich beantragt und gefordert.

7. Antrag: – auf Klärung und Untersuchung des gesamten Vorganges. Die Tatverdächtigen sind dazu konkret zu vernehmen und die Beweismittel und Tatwerkzeuge sicherzustellen, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

8. Antrag: Dazu wird Durchsuchung der betr. Wohn- und Geschäftsräume beantragt. Beweismaterial wie z. B. Dokumente, Computer und Speichermedien usw. sind in dem angezeigten Tatverdächtigen und deren persönlichen und dienstlichen Umfeld sicherzustellen, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

9. Antrag: Sämtlich, bekannte Unterbringungsobjekte sind zu durchsuchen und alle dort befindlichen Personen der zwingend notwendigen Überprüfung zuzuführen.

Dazu ist es notwendig eigenständig mit den zuständigen Behörden der jeweiligen Herkunftsländer Kontakt aufzunehmen, weil sonst eine Überprüfung völlig unmöglich ist.

Auf Grund der Gefahrenlage sind die Weisungen von der hoffnungslos befangenen, realitätsfremden Führungsebene aus Politik, Wirtschaft und Banken umgehend außer Kraft zu setzen.

Eigenständiges Handeln der Polizei- und Sicherheitsorgane nach in Deutschland gültigen Recht und vor allem dem Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die BRD ist jetzt offenkundig unumgänglich um die verfassungsmäßige Grundordnung in Deutschland wiederherzustellen!

Auf Artikel 20 Grundgesetz für die BRD wird verweisen.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

10. Antrag: Auf Grund der Schwere und Bedeutung der Straftaten sind die zuständigen Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt einzuschalten, was hiermit ausdrücklich beantragt wird!

11. Antrag: Hiermit beantragen wir ausdrücklich, dass wir bzgl. der lfd. Ermittlungen in Bezug dieses Vorganges durch die zuständige Staatsanwaltschaft Schwerin unterrichtet gehalten werden.

12. Antrag: Hiermit beantrage ich ausdrücklich, dass die tatbeteiligten Hintergrundpersonen **Landrat Herr Rolf Christiansen, Fachdienstleiter Christopher Pöschke, die Bürgermeisterin Frau Dr. Magret Seemann, Bürgervorsteherin Frau Sybille Moß, der vorgebliche Amtsvorsteher Herr Hartwig Kolthof, und der Bürgermeister Herr Bernd Ankele und alle weiteren o.g. Tatverdächtigen Personen des öffentlichen Dienstes** auf Grund des einzuleitenden Strafverfahrens ab sofort vom Dienst freigestellt werden, um weitere Schäden bei anderen Opfern zu vermeiden. (gesetzliche Zwangsbeurlaubung gemäß § 66 BBG und weitere)

13. Antrag: Bitte geben Sie bei Ihren Schreiben auch unser Aktenzeichen mit an, weil sonst eine Zuordnung und korrekte Buchhaltung nicht möglich ist, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

14. Antrag: Die Klärung hat auf jeden Fall über eine gerichtliche Hauptverhandlung zu erfolgen, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

15. Antrag: Alle Anträge rechtsmittelfähig zu bescheiden, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

16. Antrag: Ich bitte um Bestätigung Ihrer Strafverfolgungsbehörde, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

17. Antrag: Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

18. Antrag: Auf die eigene, persönliche Strafverfolgung gemäß § 258 a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung aller Beteiligten in diesen Verfahren wird ausdrücklich hingewiesen und ausdrücklich beantragt.

Bis zum heutigen Tag sind nämlich zu vorherigen Strafanzeigen in selber und ähnlicher Sache keinerlei Reaktion erfolgt!

Frau Margret Seemann - Aktenzeichen: 4yp-323/SCHLEUS/15

Frau Margret Seemann - Aktenzeichen: 4yp-323/SMK1/15

Landkreis Ludwigslust- Parchim – der Landrat Rolf Christiansen - Aktenzeichen: 4yp-323/BRD-SCHLEUSERAKTION/15

Norddeutscher Rundfunk NDR - Aktenzeichen: 4yp-323/NDR1/15

deutsche Bundesregierung / Deutschen Bundestag und den Bundesrat der BRD Aktenzeichen: 4yp-323/WARSYRIA1/15

Landrat Herr Rolf Christiansen, Fachdienstleiter Christopher Pöschke, Frau Dr. Margret Seemann (SPD)

Frau Ulrike Seemann-Katz von der NGO – Aktenzeichen: 4yp-323/ SCHLEUS-LK-LWL-PCH/15

19. Antrag: Auf Grund des heutigen Telefonates mit der Kriminalpolizei Ludwigslust Außenstelle Hagenow Herr Pätow wird ausdrücklich darauf hingewiesen, das erwartet wird das die zwingend notwendigen Ermittlungen und Sofortmaßnahmen sofort eingeleitet werden – was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

Dasselbe betrifft unsere Unterrichtung zum laufenden Verfahren, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

Es besteht GEFAHR IN VERZUG für alle Menschen in Deutschland!

Es besteht durch offenkundig AKUTE Wiederholungs- und Verdunkelungsgefahr, Terrorismusgefahr, Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erhebliches öffentliches Interesse.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Hoffmann

Beweisanlagen:

liegen Ihnen bereits vor!

Zeugen:

Herr Helmut Buschujew

PF 1128

19281 Ludwigslust

Verein staatenlos.info e. V.

Diesterwegstraße 9b

10405 Berlin

Weitere Zeugen können bei Bedarf genannt werden! Die Zeugen können unter anderen den rechtlichen Status und die vielfältigen, komplexen Vorgänge beweisen und aufklären.

Weitere Beweis- Anlagen:

K 1 drei öffentliche Zeitungsartikel in der **Anzeigenblatt Ludwigsluster Blitz Nr. 2 / 26. Jahrgang- www.blitzverlag.de**

Titel: 2Seife Zahnpasta Duschgel und Windeln fehlen2

2Gleiches Recht2

2Es gibt große Herausforderungen2 (Neujahrsempfang in 19243 Wittenburg)

Beweise liegen der Kriminalpolizei bereits per Datenstecker vor

K 3 Merkel behauptet Assad hat keine Zukunft in Syrien

K4 Geheimdienste 1000ende ISIS-Schläfer in Deutschland

K5 IS Ratgeber für westliche Unterstützer

K6 Angela Merkel verlangt den Sturz von Syriens Präsident Assad

Hinweis: Bitte blockieren sie dieses Verfahren nicht vorschnell, wie bisher gewohnheits- und empfehlungsgemäß in meinen Angelegenheiten speziell politisch motiviert von der befangenen Justiz und Behörden praktiziert.

Meine bisherigen Erfahrungen aus hunderten gesammelten Akten mit bundesdeutschen Justizorganen zeigt schon deutlich den Stillstand der Rechtspflege und Rechtsbankrott in der Bundesrepublik Deutschland auf. Das Eingreifen der zuständigen alliierten Hohen Hand ist in naher Zukunft zwingend notwendig. (Nürnberg 2)

Bearbeiten Sie daher bitte diese Akte unter genauester Einhaltung der gültigen Gesetze bzw. Rechtsvorschriften. Insbesondere ist die höchste Rechtsnorm, das Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland (BRD), zu beachten.

Auch diese Akte wird der S H A E F bzw. S M A D - Gerichtsbarkeit zugeleitet. Die Zuständigkeit ergibt sich a.) aus dem, bis zu heutigen Tage gültigen Besatzungsrecht und b.) aus dem Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland und der dort gültigen alliierten Rechtsvorschriften. Verstöße, insbesondere gegen den Artikel 139 werden von mir pflichtgemäß bei der S H A E F bzw. S M A D Gerichtsbarkeit der alliierten Hohen Hand – der zuständige Hauptmilitärstaatsanwalt/ Generalstaatsanwaltschaft Moskau, strafangezeigt und internationale Strafverfolgung beantragt.

Verteiler gemäß Kontrollratsgesetz 35 und gültigen SHAEF/ SMAD - Artikel 139 Grundgesetz für die BRD an die zuständige alliierte Hohe Hand:

**Zur Kenntnisnahme und Weiterleitung:
Botschaft der Russischen Föderation
zu Händen seiner Exzellenz, Herr Botschafter Vladimir M. Grinin persönlich!
Unter den Linden 63-65
10117 Berlin**

Per Telefax: +49 (0) 30 229 93 97

und per E Mail: info@russische-botschaft.de

Weitergabe an:

**Zur Kenntnisnahme und Bearbeitung:
Haupt Militär Staatsanwalt Moskau (Alliierte HOHE HAND) Generalstaatsanwalt der russischen Föderation
Haupt Militär Staatsanwalt
per. Cholsunowa 14
119160 Moskau
Russische Föderation**

**Генеральный Прокуратура Российской Федерации
пер. Хользунова 14
119160 Москва
Российская Федерация**

**Zur Kenntnisnahme und Bearbeitung:
Außenministerium der Russischen Föderation
Ploschad Smolenskaja Sennaja 32/34
12002 Moskau
Russische Föderation**